

Erich Später

Der dritte Weltkrieg

Die Ostfront 1941–45



CONTE verlag

KAPITEL SECHSUNDZWANZIG

9. MAI 1945

Deutschland kapituliert in Berlin

In Flensburg residierte die von Hitler in seinem Testament eingesetzte neue Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz. Dieser war bestrebt, den Krieg gegen die Sowjetunion fortzusetzen und mit den westlichen Alliierten Teilkapitulationen auszuhandeln. Nach wie vor hoffte die deutsche politische und militärische Führung auf den Bruch innerhalb der Alliierten und versuchte mit allen Mitteln Zeit zu gewinnen.

In einer Rundfunk-Ansprache am 2. Mai verkündete Dönitz die Fortsetzung des Krieges: »Der Führer hat mich zu seinem Nachfolger als Staatsoberhaupt und als oberster Befehlshaber der Deutschen Wehrmacht bestimmt. Ich übernehme den Oberbefehl über alle Teile der Deutschen Wehrmacht mit dem Willen, den Kampf gegen den Bolschewismus fortzusetzen, bis die kämpfende Truppe und bis Hunderttausende von Familien des deutschen Ostraumes vor der Versklavung und der Vernichtung gerettet sind. Gegen Engländer und Amerikaner muss ich den Kampf soweit und so lange fortsetzen, wie sie mich an der Fortsetzung des Kampfes hindern«.

In Verhandlungen mit den westlichen Alliierten erreichte die deutsche Regierung, dass die allgemeine Kapitulation der Wehrmacht im Hauptquartier des amerikanischen Oberbefehlshaber Eisenhower im französischen Reims stattfand. Eisenhower erkannte die deutsche Absicht, die alliierte Koalition zu spalten und verlangte in Form eines Ultimatums die bedingungslose deutsche Kapitulation an allen Fronten und eine endgültige Waffenruhe am 9. Mai 1945 um 0.00 Uhr. Alle Alliierten waren sich darin einig, dass die deutschen Militärführer anders als am Ende des Ersten Weltkriegs einer bedingungslosen Kapitulation zustimmen mussten. Eine Legendenbildung wie nach dem Ersten Weltkrieg, dass die Armee nicht wirklich besiegt gewesen und die Zivilbevölkerung an der Niederlage schuld sei, sollte verhindert werden. Allerdings wurde der bereits im Juli 1944 verabschiedete

gemeinsame Kapitulationstext ohne Absprache mit den Sowjets gekürzt. Der sowjetische Verbindungsoffizier in Eisenhowers Hauptquartier Susloparow wurde von diesem Beschluss der westlichen Alliierten überrascht. Er hatte keinerlei Instruktionen aus Moskau und unterschrieb unter Vorbehalt der Zustimmung des Oberkommandos der Roten Armee die Vereinbarungen.

Das sowjetische Oberkommando und Stalin beurteilten das Verhalten der Westalliierten als Versuch die Kriegsanstrengungen und Opfer der Sowjetunion, die entscheidend für den Sieg über Hitler-Deutschland waren, abzuwerten. Vom 1. Oktober 1944 bis zur deutschen Kapitulation waren insgesamt 1,1 Millionen Rotarmisten gefallen und über 3 Millionen verwundet worden. Am 8. Mai tobten nach wie vor heftige Kämpfe zwischen sowjetischen Verbänden und deutschen Truppen in Ostpreußen, Schlesien, Teilen des Baltikums, in Nordjugoslawien und der Tschechoslowakei. Dabei starben nach wie vor Tausende sowjetischer Soldaten, während an der Westfront die Wehrmacht den Widerstand aufgegeben hatte. In Prag hatte sich die Bevölkerung am 5. Mai zu einem allgemeinen Volksaufstand erhoben, der von den verbliebenen deutschen Truppen erbarmungslos bekämpft wurde. Mehr als 6000 Zivilisten wurden von Wehrmacht und SS-Einheiten ermordet und es bestand die Gefahr, dass große Teile der Stadt noch am 8. Mai durch massive Luftangriffe und Sprengungen zerstört würden. Nur der Mangel an Flugbenzin verhinderte die geplante Bombardierung mit Brandbomben.

Erst am 9. Mai erreichten Marschall Konjews Truppen Prag und befreiten die letzte europäische Hauptstadt von der deutschen Okkupation, die am 15. März 1939 begonnen hatte.

Angesichts dieser Umstände verlangte die sowjetische Führung eine zweite Zeremonie in Berlin, der Hauptstadt des besiegten Deutschlands. Von deutscher Seite sollten das Oberkommando

der Wehrmacht und die Oberbefehlshaber von Marine und Luftwaffe daran teilnehmen. Die Zeremonie fand im ehemaligen Kasino der deutschen Pionierschule in Berlin-Karlshorst statt. Am 8. Mai 1945 versammelten sich die Vertreter der Alliierten und die deutsche Delegation unter Führung des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel. Für die westlichen Alliierten unterschrieben der britische Luftmarschall Tedder als Vertreter Eisenhowers, der französische General Lettre de Tassigny und US-General Spaatz. Marschall Schukow unterschrieb für das sowjetische Oberkommando die Vereinbarungen.

Die Kapitulationszeremonie begann um Schlag Mitternacht und endete am 9. Mai um 0.16 Uhr. Keitel unterzeichnete die bedingungslose Kapitulation für das deutsche Oberkommando. Dies bedeutete die Verpflichtung zur sofortigen Einstellung aller Kampfhandlungen und die Übergabe aller Waffen und Ausrüstungen an die Alliierten.

Am 9. Mai 1945 gab die Wehrmacht ihren letzten Lagebericht heraus: »Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast sechsjährige Ringen zu Ende [...] Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.«

Allerdings gingen die Kämpfe in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien weiter. Deutsche Armeen verweigerten die Kapitulation gegenüber der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee und sowjetischen Einheiten und versuchten die Besatzungszone der West-Alliierten zu erreichen. Diese Gefechte endeten erst Mitte Mai 1945.

In Moskau hatte in der Nacht der Rundfunk die Nachricht von der deutschen Kapitulation verkündet. Die Neuigkeit verbreitete

sich schnell in der ganzen Stadt und die Moskauer strömten auf die Straße. Gegen Mittag des 9. Mai feierten mehr als drei Millionen Menschen in der Moskauer Innenstadt den Sieg über Deutschland. Vor der amerikanischen Botschaft versammelte sich eine Menschenmenge, die Hurras auf den im April verstorbenen amerikanischen Präsidenten Roosevelt ausbrachte. Die Polizei ließ die Feiernden gewähren.

»Ein denkwürdiger Tag«, schreibt Ilja Ehrenburg, »in seiner Freude wie in seiner Trauer: Es lässt sich schwer beschreiben – nichts geschah und doch war alles voller Bedeutung«. Am Tag des Sieges sah er Menschen ihre Toten betrauern, als ob sie an diesem Tag gestorben wären.

Die sowjetische Bevölkerung wusste, dass die menschlichen Verluste des Krieges ungeheuerlich waren. Genaue Zahlen galten als Staatsgeheimnis. Am 13. März 1946 sprach Stalin zum ersten Mal über die sowjetischen Opfer und bezifferte sie mit 7 Millionen Toten. Die Zahl war frei erfunden und entsprach in etwa den deutschen Gesamtverlusten des Zweiten Weltkrieges an Soldaten und Zivilisten.

Anfang der Sechzigerjahre nannte der damalige Parteichef Chruschtschow in einem Brief an den schwedischen Ministerpräsidenten Ekström die Zahl von 20 Millionen. Eine Debatte über das Ausmaß und die Gründe dieser riesigen Verluste hätte unweigerlich die Frage nach dem Versagen der sowjetischen Führung und Stalins zu Beginn des deutschen Überfalls aufgeworfen.

Die Ignoranz Stalins gegenüber den aus vielen Quellen ein treffenden Warnungen vor dem deutschen Überfall und die Weigerung das Land in den Alarmzustand zu versetzen war eine der Ursachen für die katastrophalen Niederlagen der Roten Armee, die vom Überfall vollkommen überrascht wurde. Hinzu kamen das totale Durcheinander, der völlige Zusammenbruch der Kommunikation und katastrophale Fehlentscheidungen der sowjetischen Führung. Die furchtbaren Niederlagen in den ersten

Monaten waren auch die unmittelbaren Folgen der erbarmungslosen Säuberung der Roten Armee in den Jahren 1937/38.

Dem Massenterror im Kampf gegen die frei erfundene »anti-sowjetische trotzkistische Militärorganisation« fielen 10 000 Offiziere zum Opfer. Es wurden z. B. drei von fünf Marschällen der Sowjetunion verhaftet, 15 Armeekommandeure, 151 Divisions- und 318 Regimentskommandeure. Die Militärakademien verloren ihre fähigsten Lehrer und Ausbilder. Die Familienangehörigen der Opfer wurden in Gefängnisse gesperrt oder in Straflager deportiert. Als der sowjetische Historiker Alexander Nekrich 1966 dank der Unterstützung hoher Generäle in seinem Buch *22. Juni 1941* zum ersten Mal in der sowjetischen Öffentlichkeit das Versagen Stalins einer kritischen Betrachtung unterzog, war die Resonanz riesig. Die erste Auflage des Buches von 50 000 Exemplaren war innerhalb von drei Tagen verkauft. Die Ansätze einer öffentlichen Debatte wurden allerdings schnell unterdrückt, das Buch verboten, Nekrich aus der KPdSU ausgeschlossen und schließlich zur Emigration gezwungen.

Erst mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der kommunistischen Partei konnte ab Mitte der Achtzigerjahre eine unzensurierte Forschung und Diskussion über den Zweiten Weltkrieg beginnen. Das galt vor allem für die genaue Zahl der sowjetischen zivilen und militärischen Opfer. Es wurden Fachkommissionen gebildet, die durch die Auswertung von nun frei zugänglichen Registern und Statistiken neue Ergebnisse ermittelten, die bis heute Bestand haben oder nicht wesentlich verändert werden mussten.

Die Gesamtbevölkerung auf sowjetischem Territorium betrug unmittelbar vor dem deutschen Überfall 196,7 Millionen. Von diesen verloren 26 Millionen durch den Krieg und die katastrophalen Lebensumstände ihr Leben. 19 Millionen davon waren Männer, 7,2 Millionen Frauen – mit gravierenden und lang andauernden Folgen nicht nur für die soziale und demographische,

sondern auch für die ökonomische Entwicklung des Landes. Die Verluste der Roten Armee wurden bei etwa 34,6 Millionen mobilisierten Soldaten mit 8,668 Millionen Toten veranschlagt. Hinzu kamen etwa drei Millionen tote Kriegsgefangene. Mehr als zwei Millionen Invalide und dauerhaft an Körper und Psyche geschädigte Soldaten wurden registriert. Von einer ausreichenden materiellen und gesundheitlichen Versorgung dieser Menschen konnte keine Rede sein. Die staatliche Invalidenrente lag weit unter dem Existenzminimum. Die Bettelei von Verkrüppelten und Blinden auf Märkten und Bahnhofsvorplätzen wurde deshalb ein charakteristisches Merkmal der Nachkriegszeit. Um das Problem zu lösen wurden die Menschen aus den Städten ausgewiesen und zum Teil in besonderen »Heilstätten« unter Bewachung interniert.

Weite Teile des Landes wurden durch den Krieg, die Besatzungsherrschaft und die deutsche *Politik der verbrannten Erde* in eine Wüste verwandelt. Die Sowjetunion verlor 31 850 Industrieunternehmen oder etwa ein Drittel der zivilen Produktionsanlagen. Ganze Regionen, vor allem in Weißrussland, der Ukraine, dem nördlichen Kaukasus und Teilen Zentralrusslands waren Trümmerfelder. Straßen, Brücken und Schienen zerstört. Gewerbe und Landwirtschaft weitgehend ausgestorben. Die städtischen Siedlungen bestanden aus Ruinen, während die Dörfer verbrannt und ausgeplündert waren. Die Wohnungsnot war unvorstellbar. In weiten Gebieten der westlichen Sowjetunion hatte westliche Journalisten und Diplomaten noch Jahre nach Kriegsende den Eindruck das Land sei unbewohnt, weil sämtliche Häuser zerstört waren und die Menschen in Erdlöchern lebten, die sie mit Zweigen, Flechtwerk und Erde zudeckten. Dem Wohnungsbau wurde keine Priorität eingeräumt, weil alle Ressourcen und Fähigkeiten in den Wiederaufbau und Ausbau der schwerindustriellen Basis des Landes ging. Einige Städte wie Leningrad, Stalingrad und Kiew sollten vorrangig wieder aufgebaut

werden. Aber auch hier wurden die Wohnungsbau-Pläne 1946 nicht einmal zur Hälfte erfüllt. Die Versorgung mit elementaren Bedarfsgütern wie Kleidung und Schuhe war für die Masse der Bevölkerung katastrophal. Den sowjetischen Bürgern, die den Krieg unter unsäglichen Opfern geführt und gewonnen hatten und die jetzt den Wiederaufbau tragen sollten, wurde außer einer dürftigen Lebensmittelversorgung keinerlei Erleichterung ihres Alltags gewährt.

»1945 fehlte es in der Sowjetunion an allem«, bilanziert der Historiker Manfred Hildermeier, »an intakten Produktionsanlagen und Äckern, an Nutz- und Zugtieren, an Nahrungsmitteln, Wohnungen und Geld. Zugleich wurden Millionen Männer, oft für ein ganzes Leben geschwächt oder verkrüppelt aus der Armee entlassen und reihten sich ein in den kaum weniger breiten Strom der Geflohenen und Evakuierten, die schon seit dem Frühjahr 1944 aus dem Osten in ihre Heimat zurückkehrten«.

In großen Teilen der Bevölkerung wurden allerdings die erdrückenden ökonomischen und sozialen Probleme der Jahre 1945/46 als Folge des deutschen Überfalls und der barbarischen Besatzungspolitik gesehen. Das Regime und insbesondere Stalin profitierten von dem Ansehen, dass sich Kommunistische Partei, Regierung und Armee trotz großer Versäumnisse und Fehler in dem siegreichen Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland erworben hatten. Die Unzufriedenheit über die Fortdauer von Not und Elend wuchs in dem Maße wie die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lebensumstände sanken. Das Versagen des Systems angesichts der Dürrekatastrophe der Jahre 1946/47 führte zu offener Kritik und wachsenden Protesten. Die Trockenheit erfasste fast alle Getreideanbauggebiete der westlichen Sowjetunion. Dabei war die Situation der Landbevölkerung nach Ende des Krieges nur als katastrophal zu bezeichnen. Die ländliche Bevölkerung in den von Deutschland okkupierten Gebieten war stark zurückgegangen.

1940 arbeiteten 17 Millionen Männer in den Kolchosen. Anfang 1946 waren es noch 6, 5 Millionen. Die Arbeit wurde von Frauen und Jugendlichen verrichtet und so gut wie nicht bezahlt. Die Ausplünderung und Zerstörung des Landes hatten dazu geführt, dass der eher spärliche Vorkriegsbestand an Vieh noch weiter abgesunken war. 40 Prozent der Bauern besaßen Anfang 1946 keine Kuh, fast 20 Prozent überhaupt kein Vieh. Die Kollektivierung der Landwirtschaft hatte die Erträge nicht wesentlich gesteigert, aber die Masse der Bauern in halbfreie Proletarier verwandelt. Sie waren durch das 1932 eingeführte *Inlandspasssystem* wie zu Zeiten des Zaren an das Land gebunden und benötigten die Erlaubnis der staatlichen Bürokratie für einen Wechsel ihrer Arbeitsstellen. Der Staat zahlte den landwirtschaftlichen Kollektiven nur symbolische Preise, die in der Regel nicht einmal das Existenzminimum an Nahrung deckte. 1945 erhielten die Bauern eines Drittels der sowjetischen Kolchosen für die geleistete Arbeit überhaupt kein Geld. Um zu überleben wurde die winzige private Nebenerwerbslandwirtschaft unverzichtbar. Aber auch deren Erträge wurden gnadenlos besteuert. Alle Hoffnungen der sowjetischen Landbevölkerung auf eine Verbesserung ihres Lebens erfüllten sich nicht und die Missernte 1946 führte zu einer schrecklichen Katastrophe. Die Regierung verschärfte zudem die Situation, indem sie versuchte den Nahrungsmittelverbrauch weiter einzuschränken. Im Herbst 1946 wurden die Preise für die rationierten Nahrungsmittel erhöht, die Brotzuteilung auf Lebensmittelmarken reduziert und bestimmte Bevölkerungsgruppen auf dem Land von der Brot-Zuteilung ausgeschlossen. Genaue Angaben über die Zahl der Opfer liegen nicht vor. Ähnlich wie in den Jahren 1932/33 wurde die Tatsache der Hungersnot von den sowjetischen Behörden geheim gehalten. Der Historiker V. F. Zima, der die erste Untersuchung über die Katastrophe von 1946/47 vorgelegt hat, nimmt an, dass 100 Millionen Menschen Hunger

litten, und dass bis zu zwei Millionen Menschen an Unterernährung und damit verbundenen Krankheiten starben. Der einzige Ausweg für viele Kolchose-Bauern war das illegale Verlassen des Dorfes, das zur Massenflucht wurde. Noch am Ende der Herrschaft Stalins zwischen 1950 und 1954 zogen mehr als neun Millionen Menschen in die Städte, in der Hoffnung dort ein besseres Leben zu finden.

Die Ignoranz der Behörden gegenüber der hungernden Bevölkerung bedeutete politisch auch das Ende vieler Hoffnungen, die der Sieg im Zweiten Weltkrieg bei der sowjetischen Bevölkerung geweckt hatte. »Im Krieg war es ein schweres Leben, aber es war doch nicht kränkend, wir erwarteten ein besseres, hofften«, erklärte eine Moskauerin, »aber jetzt werden wir noch schwerer leben, und es gibt keine Hoffnung auf Verbesserung«. Die Kriegsjahre waren für viele Beobachter verbunden mit einer spontanen »Entstalinisierung«. Der ideologische Druck wurde gemildert und das Regime musste, da es auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen war, politische und kulturelle Spielräume gewähren. »In den schweren Heimsuchungen des Krieges«, schreibt der Soldat der Roten Armee und Historiker Michail Gefter, »erwuchs neben dem Gefühl der persönlichen Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes auch eine persönliche Sichtweise«. Die Masse der Soldaten und Offiziere, der Bauern, Arbeiter und der technisch-administrativen Intelligenz hoffte nach Ende des Krieges, der Führung und Bevölkerung im Kampf gegen die drohende Vernichtung scheinbar zusammengeschweißt hatte, auf eine politische Liberalisierung des Systems und eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt.

Dies zeigt exemplarisch auch der Umgang mit den überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen. Grundlage der Repression gegen die Gefangenen war ein Befehl des sowjetischen

Oberkommandos vom 16. August 1941, der es gestattete jeden sowjetischen Soldaten, der in Kriegsgefangenschaft geraten war, wegen Landesverrat nach Kriegsende zu bestrafen. Diesen Befehl, der in höchster Not erlassen wurde, um die Front mit allen Mitteln zu stabilisieren, hatte nach dem historischen Sieg jede politische und moralische Berechtigung verloren. Die historische Forschung geht davon aus, dass in den Jahren 1941 bis 1945 zwischen 5,3 und 5,7 Millionen sowjetische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. 3,3 Millionen von ihnen wurden ermordet oder starben an den mörderischen Lebensbedingungen. 1,836 Millionen wurden befreit und kehrten in die Sowjetunion zurück. Die meisten waren Soldaten, die gekämpft hatten bis jeder Widerstand sinnlos geworden war. Sie hatten trotz der mörderischen Lebensbedingungen in deutscher Gefangenschaft jeden Versuch abgelehnt, auf die Seite der Deutschen überzutreten und zu kollaborieren.

Die Heimkehrer wurden jedoch unter den Generalverdacht des »Verrats« gestellt, in Lagern inhaftiert und durch den Geheimdienst verhört. Selbst für befreite Häftlinge aus den deutschen Konzentrationslagern wurde keine Ausnahme gemacht. Etwa zwei Drittel der ehemaligen Kriegsgefangenen wurden aus den Lagern in ihre Heimatstädte und Dörfer repatriiert. Allerdings wurden die Menschen bis zum Ende der Sowjetunion beruflich und gesellschaftlich benachteiligt und als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Als Strafe für ihren »Verrat« an der Heimat wurden mehr als 600 000 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene nach ihrer Demobilisierung in Strafbatallione des Verteidigungsministeriums abkommandiert. Dort mussten sie in verschiedenen Regionen der Sowjetunion Zwangsarbeit leisten. Am schlimmsten traf es die überlebenden 120 000 höheren Dienstgrade der Roten Armee. Sie wurden de facto wie Kollaborateure behandelt und in den meisten Fällen zu einer mindestens sechsjährigen Haft im

System der sowjetischen Zwangsarbeitslager, dem Archipel Gulag verurteilt, »dessen Häftlingszahl mit dem Ende des Krieges wieder stark zunahm und am 1. Januar 1946 wieder 1,7 Millionen Häftlinge zählte.« Die als Konterrevolutionäre verurteilten ehemaligen Offiziere wurden in gesonderte Strafabteilungen des Lagersystems eingeliefert und bildeten bald Widerstandsgruppen, die zum ersten Mal in der Geschichte des Lagersystems Aktionen kollektiven Widerstands organisierten. Streiks, Proteste und offene bewaffnete Aufstände kennzeichneten die Situation in den Lagern Ende der Vierziger- und Anfang der Fünfzigerjahre. Diese radikalisierten sich nach Stalins Tod 1953. Der größte Aufstand in der Geschichte der sowjetischen Lager im Mai/Juni 1954 im kasachischen Lagerkomplex Kengir wurde von zwei ehemaligen Offizieren der Roten Armee, Oberst Kusnezow und Oberleutnant Slutschenko angeführt.

In der sowjetischen Gesellschaft begann nach Stalins Tod am 5. März 1953 eine zunächst zaghafte, dann immer heftiger werdende Diskussion über die gravierenden sozialen Missstände, die politische Unfreiheit und die Allmacht des Unterdrückungsapparates. Mit der Wiederherstellung elementarer Rechtsnormen wuchs auch die grundsätzliche Kritik an dem System der Zwangsarbeit und Verbannung. Nach dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 wurde auf Anweisung des neuen Parteichef Chruschtschows 100 Sonderkommissionen eingerichtet, um die Rehabilitierungen zu beschleunigen. Bis Sommer 1956 wurden fast eine Million Menschen entlassen. Namenslisten der Freigelassenen und Ermordeten wurden allerdings nicht veröffentlicht. Im gleichen Jahr wurden auch Tausende ehemalige Offiziere der Roten Armee aus den Lagern befreit und konnten in ihre Heimatstädte – und Dörfer zurückkehren. Aber erst mit dem vom russischen Präsidenten Jelzin erlassenen Dekret Nr. 163 vom 24. Januar 1995, fast 50 Jahre nach dem Sieg über Hitler- Deutschland, wurden die gesetzesmäßigen Rechte der

ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen und deportierten Zivilisten auf dem Gebiet der russischen Föderation wieder hergestellt und ihr besonderes Schicksal gewürdigt.